

Luzerner Zeitung

Schweiz am Wochenende

Überüberübermorgen grosse Pläne verwirklichen
Heute vorsorgen!
RAIFFEISEN

Samstag, 24. Oktober 2020

3,9 Millionen Franken stehen der Kampagne für die Konzerninitiative zur Verfügung.
Wirtschaft 15



Mundartroman
Pedro Lenz kehrt mit seinem Milieuroman «Primitivo» zu seinen Wurzeln zurück.

Interview 10-11



Safran ist das teuerste und meist **gefälschte Gewürz**

Bund «Wochenende»

AZ 6002 Luzern | Nr. 246 | Fr. 3.90 | € 4,- | luzernerzeitung.ch

Wie konnte es so weit kommen?

- Corona-Infektionen schnellen in die Höhe
- Kanton Luzern verschärft Coronamassnahmen
- Besuchsverbot in Pflegeheimen und Spitälern
- Clubs und Bars müssen um 23 Uhr schliessen

Die Infektionszahlen der Schweiz steigen weiter an. Gestern meldete das Bundesamt für Gesundheit mehr als 6600 Infizierte innerhalb von 24 Stunden. Damit sind seit dem Frühjahr in der Schweiz über 100 000 Personen an Corona erkrankt. Das Tempo, mit der sich die zweite Welle ausbreitet, ist im internationalen Vergleich hoch. Weltweit weisen nur Tschechien, die Niederlande und Belgien im 7-Tage-Schnitt pro 100 000 Einwohner eine höhere Ansteckungsdynamik auf als die Schweiz. Stark betroffene Länder wie die USA, Frankreich oder Spanien hat die Schweiz überholt. Die nationale Corona-Taskforce hat deshalb

gestern reagiert: Sie hat zehn Massnahmen vorgeschlagen.

Im Kanton Luzern gelten ab heute Samstag bis Ende November wieder strengere Regeln. Restaurants, Bars und Clubs müssen jeweils zwischen 23 und 6 Uhr schliessen; in Spitälern und Pflegeheimen herrscht ein Besuchsverbot; Erotik- und Sexbetriebe müssen schliessen. «Die epidemiologische Lage ist dramatisch», begründet der zuständige Luzerner Regierungsrat Guido Graf. Der Kanton könne es sich nicht leisten, zuzuschauen und abzuwarten. Sonst würden in etwa drei Wochen die Intensivpflegeplätze in den Spitälern ausgehen. (rom/avd) 2-4/8/29

Seit 50 Jahren haben Luzernerinnen eine Stimme

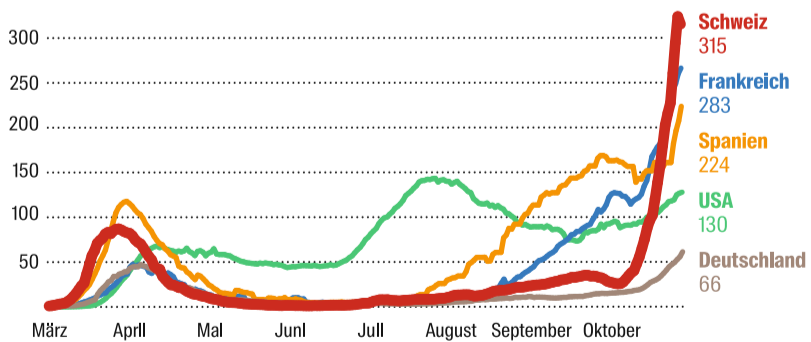


Die Alt-Politikerinnen Yvonne Schärli (von links), Beatrix Grüter und Judith Stamm treffen sich auf dem Josi-Meier-Platz in Luzern und blicken zurück auf den Kampf ums Frauenstimmrecht. So ist es 1970 an der Urne zum Ja gekommen und das hat sich punkto Gleichstellung seither getan. 21/23-25

Bild: Dominik Wunderli (20. Oktober 2020)

Täglich bestätigte Neuinfektionen

Durchschnitt über 7 Tage der täglichen Neuinfektionen pro 100 000 Einwohner



Quelle: ECDC, BAG; Grafik: mia

Stadt hält an Theaterabriss fest

Luzern Trotz Bedenken der Eidgenössischen Kommissionen für Heimat- und Denkmalschutz soll das 180-jährige Luzerner Stadttheater abgerissen werden. Die Projektierungsgesellschaft Neues Luzerner Theater bekräftigt die Absicht, anstelle des alten, baufälligen Gebäudes ein neues und grösseres Theaterhaus zu bauen. Der Luzerner Stadtpräsident Beat Züsli

sagt im Interview, es gebe keine Alternative zu diesem Weg. «Unsere Idee eines offenen und durchlässigen Gebäudes, das den öffentlichen Raum miteinbezieht, lässt sich nur an der zentralen Lage des Theaterplatzes umsetzen.» Züsli ist überzeugt, dass der Theaterplatz mit einem guten Neubauprojekt auch architektonisch aufgewertet werden kann. (rk) 26

ANZEIGE

PKG

Upgrade für die Altersvorsorge.



Inhalt Börse 12 Piazza 18/19 Sport 39-44 Wetter 22
Agenda 37/38 Forum 18/32 Ratgeber 22 Todesanzeigen 34-36 Wirtschaft 13-16

Internet www.luzernerzeitung.ch Redaktion 041 429 51 51, redaktion@luzernerzeitung.ch Abonnemente 041 429 53 53, leserservice@luzernerzeitung.ch Inserate 041 429 52 52, inserate-lzmedien@chmedia.ch

ANZEIGE

riposa SWISS SLEEP

BOXSPRING NEUHEITEN

MATRATZEN FESTIVAL

JETZT FESTIVAL PREISE!

MATRATZE JUBILÉ STATT CHF 1'450.- NUR CHF 980.-

möbelmärki.swiss

möbel märki

Hunzenschwil • Dietikon • Zuchwil
Ittigen BE • Dierikon LU

Wochenkommentar zur Förderung der Frauen in Exekutivämtern

Wer Harmonie sucht, muss nicht in die Politik

Sie stehen am Ufer der Reuss. Sie lächeln in ihren dunklen Anzügen zufrieden in die Kamera. Auf den ersten Blick machen einzig die dezenten Muster ihrer Krawatten den Unterschied. Fünf Sitze, fünf Männer, so präsentiert sich die Luzerner Regierung. In Uri sind sieben von sieben Sitzen in Männerhand. Und im Kanton Aargau herrscht – am vergangenen Wochenende wieder bestätigt – ebenfalls eine reine Männerrunde.

Im kommenden Jahr feiert unser Land 50 Jahre Frauenstimmrecht. Zu den Vorreitern gehörte Luzern, wo die Männer schon 1970 Ja zum Frauenstimmrecht auf kantonaler Ebene sagten. Morgen Sonntag wird dieser langersehnte Erfolg gefeiert. Dass ausgerechnet der konservative Kanton Luzern diesen Schritt wagte, ebnete den Weg für ein nationales Ja. Die Männer verabschiedeten sich freiwillig vom Patriarchat. Der ersten Regierungsrätin zuliebe versorgten die Herren Kollegen ihre Stumpen in der Schublade und pafften nicht mehr während der Sitzungen.

Herrje! Wie kommt es, dass wir Frauen heute in wichtigen Gremien fehlen? Da ist etwas gehörig schiefgelaufen; nicht am Wahltag, sondern in den Jahren davor. Die Parteien haben es verpasst, genügend Frauen aufzubauen. Mit einer «Quotenfrau» allein reicht es nicht zur Regierungsrätin und noch weniger zur Bundesrätin.

Immerhin: In den Parlamenten steigt der Frauenanteil in den letzten Jahren auffällig an. Werden wir diese «Hoffnungsträgerinnen» irgendwann auch auf Exekutivebene antreffen? Und haben Parteileitungen den Mut, einem angesehenen, langjährigen Amtsträger klarzumachen, dass jetzt der Moment für eine jüngere und weibliche Kraft gekommen ist?

Wahr ist aber auch: Wenn Parteifunktionäre Frauen für eine Kandidatur gewinnen wollen, bekommen sie leider häufig einen Korb. Nicht, dass die Frauen zu wenig qualifiziert wären. Sondern: Politik ist ein hartes Geschäft. Es wird verhandelt und getrickst. Der Umgangston kann

ruppig sein, wie wir jüngst auf dem Bundesplatz beobachten konnten. Wer seine Meinung öffentlich vertritt, macht sich angreifbar. Wer Harmonie sucht, muss nicht in die Politik.

Und dennoch müssen die Frauen diesen Schritt tun! Untersuchungen in der Wirtschaft zeigen, dass gemischte Teams erfolgreicher sind – auch, weil sich der Ton ändert. Nur mit mehr

Einige Männer trauen sich manchmal zu viel zu, Frauen viel zu wenig. Es braucht mehr Selbstbewusstsein.

Frauen kommen wir zu breiter abgestützten Entscheidungen. In den Bereichen Natur und Umweltschutz, auch in sozialen und gesellschaftlichen Themen bringen Frauen oft eine andere, womöglich sensiblere Sichtweise in die Diskussion mit ein. Dass der Bundesrat den Ausstieg aus der Atomenergie nach dem Reaktorunglück in Fukushima 2011 so konsequent vorantrieb, war kein Zufall, sondern hängt stark damit zusammen, dass zum ersten Mal überhaupt eine Frauenmehrheit regierte.

Einige grosse Erfolge konnten die Frauen – mit Hilfe der Männer – in den letzten 50 Jahren verbuchen, etwa mit dem neuen Eherecht. Erinnern wir uns daran, dass die erste Bundesrätin Elisabeth Kopp im Jahr 1984 ihr Amt nicht hätte antreten dürfen, hätte ihr Mann interveniert. Heute wäre dies unvorstellbar.

Und trotzdem gibt es noch viel zu tun. Besonders dann, wenn Frauen Mütter werden und sie Familie und Beruf unter einen Hut bringen wollen,

landen sie auf dem harten Boden der Tatsachen.

Frauen sollten Allianzen bilden, sie müssen sich für gemeinsame Interessen gemeinsam stark machen und dabei auch mal das Parteibüchlein im Handtäschli verschwinden lassen. Es schadet, wenn einzig die Linken Themen aus spezifisch weiblicher Perspektive anschauen.

Einige Männer trauen sich manchmal zu viel zu, Frauen viel zu wenig. Es braucht mehr Selbstbewusstsein. Frauen müssen für andere Vorbilder sein wollen, und das sollen die Mütter auch ihren Töchtern mitgeben. Erst dann werden Entscheidungen weiblicher und somit unsere Gesellschaft gleichberechtigter.



Flurina Valsecchi
flurina.valsecchi@chmedia.ch

Chefsache

Schädliche Schimpfrhetorik

Greta Thunberg, Angela Merkel, Emmanuel Macron, Prinz Charles, Bono Vox, Leonardo di Caprio, Cate Blanchett, David Attenborough, Nelson Mandela, Bill Gates, Doris Leuthard, Simonetta Sommaruga. Was haben diese Persönlichkeiten gemeinsam? Sie alle waren schon Gäste am WEF in Davos. Und sie alle sind Despoten. Also per Definition herrsche Menschen, Tyrannen, Gewaltherrscher. Irritiert? Für diese Verunglimpfung sind zwei Luzerner Kantonsräte der Jungen Grünen verantwortlich. Sie bezeichnen das WEF – wo in der Tat auch immer wieder umstrittene Akteure dabei sind – als «undemokratische Despoten-Veranstaltung» und fordern per Vorstoss, dass der Kanton Luzern im kommenden Mai keine Steuergelder für die Veranstaltung einsetzt.

Herabwürdigungen, Beschimpfungen, pauschalisierendes Beleidigen von Meinungsgegnern, das ist eine zunehmend grassierende Unsitte. Auch die

Operation Libero etwa, die sich selber als liberal bezeichnet, gibt sich als Befürworterin der Konzernverantwortungsinitiative knallhart: «Halunken» seien all jene, die nicht «griffige Sorgfaltspflichten» befürworteten. Halunken also die Mehrheit der Bundesparlamentarier, welche die Initiative ablehnen. Schimpfrhetorik ist indes kein «Jugendproblem», wie die jüngsten Unflätigkeiten im Bundeshaus zeigen.

Die zunehmende Scharfmacherei in der politischen Debatte ist unwürdig und nachhaltig schädlich. Sie verstärkt die Polarisierung, unterminiert die Kompromissfähigkeit – und damit unsere Demokratie.



Jérôme Martinu, Chefredaktor
jerome.martinu@luzernerzeitung.ch

Karikatur der Woche von Silvan Wegmann



Für oder gegen Maskenpflicht? Für oder gegen die 1000er-Grenze? Anders als in den USA sind das in der Schweiz keine ideologischen Fragen

Das Virus spaltet die Parteien von links bis rechts. Gut so!

Die Aargauer SVP möchte alle Coronamassnahmen abschaffen. Der Berner SVP-Regierungsrat Pierre Alain Schnegg entscheidet, dass sein Kanton als Erster wieder die 1000er-Grenze bei Grossveranstaltungen einführt. An einer Veranstaltung der SVP wird eine Maskenträgerin angepöbelt. Die SVP ist aber auch jene Partei, die mit Magdalena Martullo-Blocher eine Politikerin in ihren Reihen hat,

die als Erste den Nutzen von Masken propagierte und dafür von links verspottet wurde.

Bei der SP gibt es in der Westschweiz Hardliner, die für eine Ausgangssperre sind. Die Zürcher SP-Regierungsrätin Jacqueline Fehr ist gegen staatliche Bevormundung und fühlt sich SVP-Bundesrat Ueli Maurer verbunden, der vor Coronahysterie warnt. Dessen Parteikollegin Natalie Rickli

weibelt in der Zürcher Regierung für schärfere Massnahmen. Und wird von denjenigen überstimmt, die links von ihr stehen.

Willkommen in der Schweizer Coronapolitik. Die Debatte über die richtigen Massnahmen gegen die Pandemie verläuft kontrovers, bisweilen aggressiv – aber nicht entlang der ideologischen Bruchlinien. Auch in den Mitte-Parteien

gibt es die unterschiedlichsten Positionen. Das Virus spaltet nicht nur SP und SVP, sondern auch die anderen Parteien. Zwar schimmert bei manchem Linken auch in der Coronakrise die Staatsgläubigkeit durch, und bei manchem Rechten regt sich der Abwehrreflex gegen behördliche Bevormundung. Aber eindeutig ist die Sache nicht, die Meinungen gehen kreuz und quer. Und in einem Punkt herrscht sogar partei-

übergreifend Einigkeit: Entscheidend ist das eigenverantwortliche Verhalten der Leute.

All das ist weniger selbstverständlich, als man meinen könnte. In den USA tragen Linke öfter Masken als Rechte. Warum? Weil Biden Masken lobt und Trump sich darüber lustig macht. Jede Coronamassnahme wird politisiert. So ist es auch in anderen Ländern mit einem Regierungs-Opposi-

tions-System. Dort spaltet das Virus nicht die Parteien, sondern die Bevölkerung. In der Schweiz ist das weniger der Fall. Beinahe hätten wir die Vorzüge unseres Regierungssystems vergessen, das fast alle grossen Kräfte einbindet. In der Krise werden sie offenkundig: Das Allparteiensystem wirkt integrierend.

Patrik Müller
patrik.mueller@chmedia.ch

Frauen würdigen ihre Vorreiterinnen

Seit 50 Jahren dürfen Luzernerinnen wählen. Punkto Gleichberechtigung ist viel gegangen. Doch Politikerinnen sehen noch Potenzial.

Roseline Troxler

Den eigenen Kanton auch auf politischer Ebene mitgestalten: Dieser Wunsch vieler Frauen ist vor 50 Jahren in Luzern erfüllt worden. Am 25. Oktober 1970 haben ihnen die Männer dafür den Weg geebnet. Vorausgegangen ist dem Ja an der Urne allerdings ein langer Kampf. Viele Frauen haben sich über Jahre für das Stimmrecht stark gemacht. Luzern war der dritte Deutschschweizer Kanton, der sich für das Frauenstimm- und Wahlrecht auf kantonaler und kommunaler Ebene ausgesprochen hatte (mehr zu diesem historischen Ereignis auf den Seiten 24 und 25).

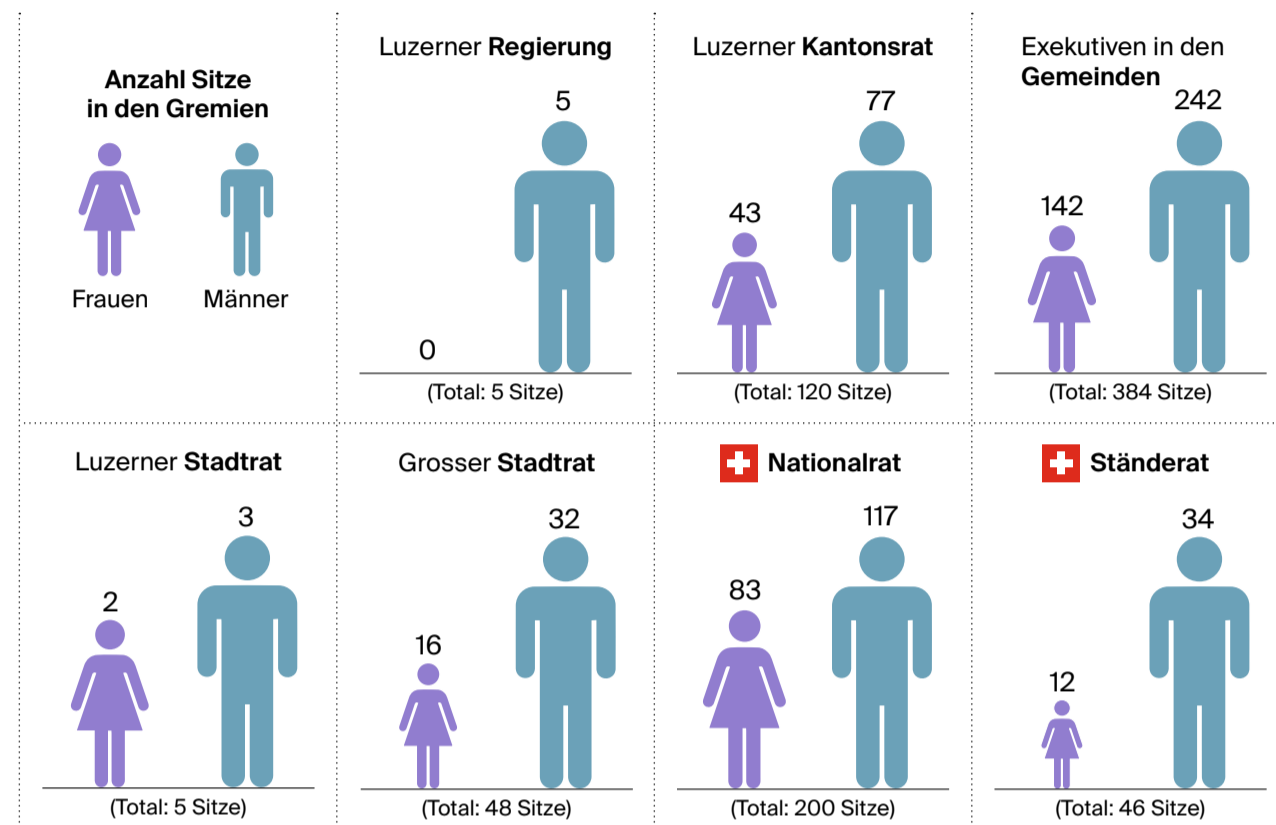
50 Jahre später feiern Politikerinnen verschiedener Couleur das Jubiläum – allen voran Kantonsratspräsidentin Ylfete Fanaj (SP): «Wir wollen die Vorkämpfer und Pionierinnen würdigen, die dafür sorgten, dass das Frauenstimmrecht im Kanton Luzern Tatsache wurde. Sie sind mitverantwortlich dafür, dass ich nun das Kantonsratspräsidium ausüben darf.» Fanaj hat gemeinsam mit anderen Politikerinnen und Historikerinnen einen Verein zum 50-Jahr-Jubiläum gegründet. Rund um den Verein werden diverse Anlässe organisiert.

«Es braucht mutige Leute, die Forderungen stellen»

Für die Kantonsratspräsidentin ist es erstaunlich, «dass Luzern als eher konservativer Kanton beim Thema Frauenstimmrecht Vorreiter war». National wurde das Frauenstimmrecht erst im Februar 1971, also vier Monate später, verankert. «Nur weil Luzern 1970 Ja sagte, konnten im Juni 1971 bereits die ersten acht Frauen im Grosse Rat Einsitz nehmen», sagt sie. Fanaj verweist auch darauf, dass Luzern der erste Kanton mit einem kantonalen Gleichstellungsgesetz war. Dieses wurde 1994 im damaligen Grosse Rat diskutiert. Weshalb gerade Luzern Vorreiter war, erklärt sich die SP-Frau wie folgt: «Es braucht mutige Leute, die vorangehen und Forderungen stellen.»

Claudia Huser, GLP-Fraktionspräsidentin und Vizepräsidentin des Jubiläumsvereins zum Frauenstimmrecht, ergänzt: «Es wäre schön, wenn der Kanton bei der Gleichstellung auch heute progressiver wäre.» Sie hofft, dass weitere Gleichstellungsanliegen wieder aufs Tapet kommen. «Beim Thema Lohnungleichheit, Vertretung in der Führungsetage oder in politischen

Vertretung in den verschiedenen politischen Gremien



Quelle: Lustat, Schweizer Parlament, Kanton Luzern, Stadt Luzern / Grafik: Oliver Marx

Gremien haben wir noch lange nicht alles erreicht.» Das Frauenstimmrecht sei heute so selbstverständlich und biete keine politische Brisanz mehr. «Ich hoffe, dass wir das künftig auch von anderen Themen behaupten können.»

Bei der politischen Partizipation zeigt sich eine klare Untervertretung der Frauen – von den Gemeinden bis im Bundeshaus (siehe Grafik). «Bei den kantonalen und nationalen Wahlen haben wir zwar letztes Jahr viel erreicht. Gross ist der Handlungsbedarf aber beim Regierungsrat.» Um Frauen für die Politik zu begeistern, betont Huser die Bedeutung überparteilicher Initiativen. Vor den letztjährigen Wahlen hat sie das Netzwerk Frauen Luzern Politik gegründet. Ähnlich sieht das CVP-Ständerätin Andrea Gmür-Schönenberger. Sie ist Mitglied bei «Helvetia ruft!». Ziel der Gruppierung war es, den Frauenanteil in Bundesbern zu steigern. Gmür sagt: «Solche Netzwerke erhöhen die Bekanntheit, und die ist entscheidend für die Wahlchance.» Als ehemalige Präsidentin der CVP Stadt Luzern weiss



SP-Politikerin Ylfete Fanaj bei ihrer Rede nach der Wahl zur Kantonsratspräsidentin an der Juni-Session in der Messe Luzern. Bild: Pius Amrein (23. Juni 2020)

Gmür, dass sich Frauen viel stärker hinterfragen, wenn es um eine Kandidatur geht. «Bei Männern stehen zeitliche und finanzielle Fragen stärker im Vordergrund.» Frauen müssten ausserdem darauf gefasst sein, nicht gewählt zu werden. «Auch Männer brauchen oft mehrere Anläufe. Eine Nichtwahl bedeutet nicht ein Scheitern», betont Gmür, die 2011 den Sprung in den Nationalrat noch verpasste. Die CVP-Ständerätin findet es wichtig, dass Frauen alle Themen zugetraut werden. «Wir entscheiden auch in der Finanz- oder in der Sicherheitspolitik mit.» Frauen würden teils andere Schwerpunkte setzen, ist sie überzeugt, und sie seien oft kompromissbereiter. Nicht nur in der Politik sieht Andrea Gmür Handlungsbedarf: «Heute machen vor allem kinderlose Frauen Karriere. Eine Mutter, die eine Führungsposition oder ein Amt anstrebt, wird schnell als übermässig ehrgeizig oder als Rabenmutter kritisiert, vor allem auch von Frauen.» Hier erhofft sie sich mehr Solidarität. Entscheidend sei zudem, dass Kitas günstiger werden, so die vierfache Mutter.

«Wir müssen aufpassen, dass wir das Fuder nicht überladen»

Die kantonale SVP-Präsidentin Angela Lüthold sagt zum Frauenstimmrecht: «Für mich als Mutter, Geschäftsfrau und Politikerin hat es eine grosse Bedeutung. Ganz sicher war es eine mutige und richtige Entscheidung, dass sich Frauen damals eingesetzt hatten.» Mit der heutigen politischen Partizipation sei sie zufrieden. «Frauen interessieren sich, engagieren sich und gehen wählen.» Bei weiteren Forderungen müsse man aber aufpassen, «dass wir Frauen das Fuder nicht überladen. Druck erzeugt bekanntlich Gegendruck und kann uns zurückwerfen.» Sie sei stolz darauf, als Frau das SVP-Präsidium ausüben zu dürfen – «ohne Erzwungenes oder eine Quote», erzählt Lüthold.

Auch für Ylfete Fanaj ist klar: «Wir haben viel erreicht in den letzten Jahrzehnten, gerade auf gesetzlicher Ebene. Doch in Köpfen von Frauen wie Männern gibt es betreffend Gleichstellung noch Luft nach oben.»

Hinweis

Im Historischen Museum Luzern wird derzeit die Ausstellung «50 Jahre Frauenstimmrecht Luzern» gezeigt. Infos zum Jubiläumsverein finden Sie unter www.frauenstimmrecht-luzern.ch.

Nachgefragt

«Ist das erste Kind da, fallen Paare in traditionelle Muster»

Die Luzernerin Franziska Müller (48) ist Soziologin und Mitglied der Geschäftsleitung bei Interface Politikstudien Luzern. Sie beleuchtet das Thema Gleichstellung in ganz unterschiedlichen Bereichen.

Wo steht die Schweiz heute punkto Gleichstellung von Frau und Mann?

Franziska Müller: Auf Ebene der rechtlichen Gleichstellung wurden in den letzten Jahrzehnten wichtige Pflöcke eingeschlagen. So ist etwa Lohngleichheit in der Verfassung verankert. Trotz erfreulicher Entwicklungen in der Bildung, der Politik und in der Wirtschaft ist der Weg zur tatsächlichen Gleichstellung aber lang. Rollenbilder sind in den Köpfen noch sehr stark verankert.

Wo braucht es Verbesserungen?

Die Aufteilung von Erwerbs- und Familienarbeit ist mir ein grosses Anliegen. Heute sind viele Paare gleich gut ausgebildet. Trotz egalitärer Startbedingungen fallen die Paare in traditionelle Muster zurück, sobald das erste Kind auf der Welt ist. Der Vater arbeitet Vollzeit oder reduziert nur minim, während die Mutter häufig nur ein kleines Pensum hat – falls überhaupt.

Weshalb ist das problematisch?

Tiefe Pensum haben einen negativen Einfluss auf die Karrierechancen, die Lohnentwicklung und die Absicherung im Alter. Und nicht zu vergessen: Väter und Mütter sind mit ihrem Modell auch Vorbild für die künftige Generation und

«Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss verbessert werden.»



Franziska Müller
Interface Politikstudien Luzern

prägen so die Rollenbilder ihrer Kinder wesentlich.

Wo steht die Schweiz international?

Sie hat zwar eine der höchsten Erwerbsquoten der Frauen. Doch der Rekord bezieht sich auch auf die Teilzeitpensum. Bei der Förderung der Vereinbarkeit hinkt die Schweiz hinterher. Dementsprechend sind Frauen im internationalen Vergleich auch viel weniger in Führungspositionen – ob in der Wirtschaft oder der Wissenschaft – vertreten.

Wie kann erreicht werden, dass die Frauen ihre Pensum erhöhen?

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss verbessert werden. Eine Möglichkeit auf struktureller Ebene sind

etwa Elternzeit-Modelle. Mit einem zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub sind wir davon sehr weit weg. Weiter braucht es genügend bezahlbare Kinderbetreuungsplätze. Ausserdem muss das Steuersystem so ausgestaltet werden, dass sich Arbeiten auch für Zweitverdienende lohnt.

Das klingt etwas abstrakt. Was kann jeder Einzelne tun?

Gleichstellung hat viel mit persönlicher Einstellung, Bereitschaft und Wille zu tun. Ob Frau oder Mann, jede und jeder kann im täglichen Handeln eingeschliffene Rollenbilder hinterfragen und umgehen, sei es in der Erziehung und Unterstützung der Kinder, in unseren Beziehungen oder am Arbeitsplatz. (rt)

50 Jahre Frauenstimmrecht

Historischer Moment für die Luzerner Frauen

Vor 50 Jahren haben die Luzerner Männer den Frauen das Stimm- und Wahlrecht zugestanden. Das Abstimmungsresultat überraschte – aus zwei Gründen.

Pascal Studer

Die Decke der Beiz ist tief, die Wogen gehen hoch. «Würden die Frauen nicht zu emotional statt nüchtern wählen?», fragte dort vor 50 Jahren einer in die Runde mit einem Gläschen Magdaler vor sich, als ein Lokalreporter der «Luzerner Neuesten Nachrichten» (LNN) am Tag vor der Abstimmung zum Stimm- und Wahlrecht für Frauen den Puls auf der Landschaft zu dieser hochbrisanten Vorlage fühlte. Weiter meinte er: «Lieber Kuchen für den Kirchenbazar backen, als die Demokratie mitgestalten.» Natürlich war dies nur ein Augenschein. Und dennoch sinnbildlich, waren es doch gerade solche Rollenbilder aus dem Hinterland, wel-

Ein schwarzer Fleck in Europa

Gleichstellung Die Schweiz sieht sich seit jeher als Nation mit einer humanitären Verpflichtung und Vorzeigeland bei der Einhaltung der Menschenrechte. Im Kontext der Einführung des Stimm- und Wahlrechts für Frauen bröckelt aber dieses Selbstverständnis, die Schweiz war im Vergleich diesbezüglich nämlich Spätzüglerin. Während die meisten europäischen Länder das Stimm- und Wahlrecht für Frauen bis 1952 verwirklicht hatten, blieb die Schweiz zusammen mit Portugal und Liechtenstein Zaungast dieser demokratischen Öffnung.

In der Schweiz entscheidend zum Meinungsumschwung beigetragen haben dürfte die europapolitische Debatte. Als Mitglied des Europarats stellte sich spätestens ab den 60er-Jahren die Frage, inwiefern die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) – heute von überragender Bedeutung für die Schweiz – zu beurteilen sei. Zunächst schien die Sache klar: Schweizer Politiker waren sich einig, dass die EMRK trotz nicht vorhandenem Stimm- und Wahlrecht für Frauen unterzeichnet und schliesslich durch eine Ratifikation des nationalen Souveräns endgültig abgesegnet werden konnte. Die Schweiz halte die Menschenrechte ein, meinte damals etwa Rudolf Bindschedler, Leiter des Rechtsdienstes des Bundes.

Diese Auffassung erwies sich als falsch: Wollte die Schweiz die EMRK ratifizieren, musste das Stimm- und Wahlrecht für Frauen eingeführt werden. Dies geschah letztlich in Luzern im Jahr 1970, auf nationaler Ebene 1971. In der ganzen Schweiz war das Stimm- und Wahlrecht für Frauen jedoch erst Tatsache als das Bundesgericht den Kanton Appenzell Innerrhoden 1990 dazu gezwungen hatte, die Kantonsverfassung so auszulegen, dass auch Frauen an der Politik teilnehmen können. (stp)

che im Kanton Luzern den Optimismus progressiver Kräfte dämpften. Denn sowohl die regionalen Medien – neben der LNN auch das «Luzerner Tagblatt» und das «Vaterland» – als auch sämtliche politischen Parteien hatten ihre Parolen klar gefasst: Das Stimm- und Wahlrecht für Frauen war überfällig, am 25. Oktober 1970 gehörte ein Ja in die Urne.

«Demokratie mitgestalten», das war zu jener Zeit in der Schweiz meistens reine Männersache. Erst die Kantone Waadt, Neuenburg, Genf, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Tessin und Wallis hatten bis dahin das Stimm- und Wahlrecht für Frauen eingeführt. Die Entwicklung verlief nicht linear: So hatte die männliche Stimmbevölkerung des Kantons St. Gallen vier Wochen vor dem Luzerner Abstimmungstermin den Frauen die fakultative Einführung des Frauenstimmrechts auf Gemeindeebene verwehrt – etwas, das wie ein Damoklesschwert über der Luzerner Abstimmung hing. Denn wie in Luzern stand auch im Ostschweizer Kanton die gesamte Parteienlandschaft hinter der Vorlage.

Ob die St. Galler Abstimmung mehr als nur ein gefährlicher Schuss vor den Bug war, sollte sich in Luzern zeigen. Dies sagt Sibylle Gerber. Die Kulturwissenschaftlerin und Kuratorin des Historischen Museums Luzern hat die letzten Monate damit verbracht, die Ausstelung «Eine Stimme haben: 50 Jahre Frauenstimmrecht Luzern» vorzubereiten. Sie betont: «Am 25. Oktober schaute die ganze Schweiz nach Luzern.» Dabei wurde vor allem der Bevölkerung der konservativ-ländlichen Gebiete – die einige Monate zuvor bereits die Überfremdungsinitiative des rechtspopulistischen Politikers James Schwarzenbach angenommen hatten – zugehört, die Abstimmung zu versenken.

Steiniger Weg bis zur grossen Überraschung

Dann kam der historische 25. Oktober und mit ihm das klare Urteil: Bei einer Stimmbeteiligung von 51,2 Prozent stimmten 25 170 Luzerner und somit 63 Prozent für die Einführung des Stimm- und Wahlrechts für Frauen. Die Befürchtung, konservative Kreise könnten die Vorlage beerdigen, stellte sich somit zwar als falsch, aber nicht unbegründet heraus. Während die Ämter Luzern, Hochdorf, Sursee und Willisau die Initiative guthiessen, lehnte sie die Entlebucher Stimmbevölkerung mit 1582 Nein-Stimmen gegenüber 1056 Ja-Stimmen ab. Absolut gesehen waren mehr als die Hälfte der damals 107 Luzerner Gemeinden – nämlich insgesamt 55 – gegen die Vorlage.

Angesichts der St. Galler Abstimmung und der konservativen Mentalität in Luzern erstaunte das Resultat. Sibylle Gerber sagt: «Obwohl sich ein Stimmungswandel abzeichnete, war das deutliche Ja von 1970 in Luzern eine Überraschung.» Die nationalen Medien zeigten sich am Tag danach über das historische Ergebnis erfreut. Die «Neue Zürcher Zeitung» (NZZ) schrieb etwa

von «Biertischstrategen», welche eine empfindliche Schlappe eingesteckt hätten: «Die Stillen im Lande dachten eben etwas weiter als die Lauten im Gasthaus.» Der «Tages-Anzeiger» meinte, dass «ein starkes Bollwerk gegen das Frauenstimmrecht gefallen» sei.

Doch der Blick zurück zeigt auch: Der Weg zum Stimm- und Wahlrecht für Frauen war steinig. Noch im Jahr 1959 hatten die Männer dieses auf Bundesebene nämlich mit 66,9 Prozent abgeschmettert. Eineinhalb Jahre später bestätigten die Luzerner das Votum, indem sie eine kantonale Abstimmung verwarfen, welche vorsah, den Gemeinden das Recht zu geben, das Frauenstimmrecht auf kommunaler Ebene zuzustehen.

«Politik ist Männersache, Frauen gehören ins Haus»

Josef Egli kannte die damalige politische Landschaft im Kanton Luzern bestens. Von 1967 bis 1983 war er Mitglied des Grossen Rats (heute Kantonsrat). Anschliessend war er bis 1995 Regierungsrat. Egli gehörte der Katholischen Volkspartei (KVP) an – der Vorgängerin der heutigen CVP. Es war seine Partei, die das Sachgeschäft wieder aufs politische Parkett gebracht hatte. Der heute 88-Jährige erinnert sich: «Die Zeit war einfach reif dafür.» So hatte die Kommission für grundsatzpolitische Fragen der KVP 1968 entschieden, eine Initiative auszuarbeiten, welche den Frauen die politische Partizipation im ganzen Kanton ermöglicht. Neben seiner christlich-sozialen Fraktion fassten auch diejenige der Liberalen, der Sozialdemokraten sowie der damalige Landesring der Unabhängigen die Ja-Parole. «Die gesamte Parteienlandschaft stellte sich geschlossen hinter unsere Initiative», so Egli.

Und die Gegner? Aus den Archiven ist nicht viel von ihnen in Erfahrung zu bringen. Keine Überraschung, findet Egli. «Die Gegner waren sehr ruhig. Sie arbeiteten im Stillen.» Er kramt in seinen Unterlagen, findet eine Vortragskizze, auf welcher deren Argumente aufgeführt sind: «Erstens», beginnt er, «die Frau gehört ins Haus. Zweitens: Politik ist Männersache. Drittens: Die Frauen wollen das Stimmrecht gar nicht.» Egli sagt, dass dies gemäss verschiedenen Umfragen gar nicht stimmte, und fährt fort: «Viertens: Die Seele der Frau wird Schaden leiden am harten Politikbetrieb. Fünftens: Sachvorlagen werden den Frauen nicht zugemutet.»

Zudem befürchteten die Gegner einen Linksrutsch. Zu Unrecht, wie Egli sagt – und ein Blick in die Statistik bestätigt. So hat sich etwa der Anteil an Sozialdemokraten zwischen 1963 und 1975 kaum verändert, variierte zwischen 11 und 13 Sitzen. Die Frage bleibt also, was letztlich zum Meinungsumschwung geführt hatte. Auch für Egli ist dies ein Buch mit sieben Siegeln: «Gewisse Dinge brauchen Zeit», sinniert er, «doch für uns war einfach klar: Ziit esch da, Frauestimmrächt Ja».

Ziit isch da Frauestimmrächt



am 25. Oktober 1970

Überparteiliches Aktionskomitee für die politische Gleichberechtigung der Frau





Links:
Ein sanfter Appell an die Luzerner Männer.

Unten links:
Hanni Zosso beim ersten Urnengang der Frauen in Littau (vermutlich im Februar 1971). Fotograf unbekannt.

Unten rechts:
Gegner des Frauenstimmrechts im Jahr 1920. Das Plakat wurde damals in der Deutschschweiz eingesetzt.

Bilder (von oben nach unten): Stadtarchiv Luzern, N1.5/95; StALU PLB 13/13; Keystone

«Gottfriedstutz, Frauen, ihr müsst zusammenstehen!»

Judith Stamm (86), Luzern, ist in vielerlei Hinsicht eine Pionierin: Sie war die erste Polizeiasistentin der Luzerner Kriminalpolizei und mit 37 zog sie als eine der ersten Frauen für die CVP in den Luzerner Grossen Rat (heute Kantonsrat) ein – kurz nachdem das kantonale Frauenstimmrecht eingeführt wurde. 1983 gelang ihr dann die Wahl in den Nationalrat, 1997 präsidierte sie diesen.

Jahrelang haben Sie sich für die Rechte der Frau eingesetzt. Wann kamen Sie erstmals mit dem Thema Frauenstimmrecht in Berührung?

Judith Stamm: 1952 machte ich die Matura. Da hatten wir in unserer Klasse eine unglaubliche Diskussion übers Frauenstimmrecht. Kolleginnen sagten, das brauche es nicht, das sei nichts für Frauen. Und wenn sie ein politisches Anliegen hätten, könnten sie es ja ihrem Mann sagen. Da fragte ich, was denn ist, wenn eine Frau keinen Mann hat. Da meinten sie: «Einen Mann findet man immer. Im schlimmsten Fall kann man es dem Pöstler oder dem Milchmann sagen.»

Sie aber wollten selber mitreden.

Ja. Für mich war es eine Frage der Gleichwertigkeit.

Haben Sie später aktiv dafür gekämpft?

Ich muss Ihnen ehrlich sagen, als ich 1960 nach Luzern kam, hat mich meine Arbeit bei der Kriminalpolizei absorbiert. Als ich aber junge Männer im Strafrecht ausbildete, zwackte ich in jedem Jahrgang ein bis zwei Stunden ab und redete mit diesen Burschen übers Frauenstimmrecht.

Worüber diskutierten Sie?

Einer fragte mich mal: «Fräulein, leiden Sie sehr darunter, dass Sie nicht abstimmen können?» Da antwortete ich: «Selbstverständlich! Die ganze Woche muss ich mir Mühe geben, dass ich Ihnen das Strafrecht in den Kopf bringe und am Sonntag gehen Sie abstimmen und ich sitze zu Hause. Ich würde das denk genauso gut verstehen.»



Judith Stamm in der Luzerner Altstadt.

Bild: Dominik Wunderli (20. Oktober 2020)

Was erwiderten die jungen Männer darauf?

Diese Aussage trugen sie mit Fassung, in der Regel haben die aber dagegen geredet (*lacht*). Erst vor ein paar Jahren kam ein gestandener Mann in einem Café auf mich zu und meinte, er sei mal zu mir in die Schule gegangen. Ihm blieb die Diskussion ums Frauenstimmrecht gut in Erinnerung. Da sagte er: «Wissen Sie, wir waren gar nicht immer so gegen das Frauenstimmrecht, wie wir getan haben. Aber wenn einer dagegen geredet hat, sind Sie immer so schön an die Decke gegangen.»

Dass Sie Politik verstehen, zeigten Sie dann auch der ganzen Öffentlichkeit. 1971 begann Ihre politische Karriere – Sie schafften es direkt in den Grossen Rat. Wie

wurden Sie und Ihre Kolleginnen von den Männern aufgenommen?

Der Empfang war überaus freundlich, die Kollegen gaben sich Mühe. So wie ich es erlebt habe, wurden wir Frauen auch wirklich respektiert.

Und wie fielen die Reaktionen in Ihrem privaten Umfeld aus?

Die meisten nahmen das einfach so zur Kenntnis. Eine Freundin von mir warnte mich aber zum Beispiel: «Gell, du verlierst deinen Charme jetzt aber nicht.»

Weil Politik abhärtet?

Genau. Sie fand, dann sei eine Frau nicht mehr weiblich, nicht mehr liebenswürdig. Dann sage man Sachen, die andere aufregen. Sie dachte, ein kämpferischer Typ, wie ich es bin, wer-

de dann den weiblichen Charme – über den ich übrigens sowieso nie wirklich verfügt habe (*lacht*) – verlieren.

Ich nehme Sie nach wie vor als charmante Frau wahr.

Ich glaube auch nicht, dass mich mein politisches Engagement negativ verändert hat. Aber es kam schon immer wieder eine Herausforderung auf mich zu, selbst für mich als aufgeschlossene Person war vieles Neuland. Ich musste etwa lernen, eine Meinung zu formulieren, aufzustrecken und diese auch laut zu sagen, selbst wenn mir die Mehrheit widersprach. Das war nicht immer einfach.

Gab es im Grossen Rat auch zurückhaltendere Frauen?

In der Politik haben sich schon eher selbstbewusste, unerschrockene Frauen durchgesetzt. Was ich an Kandidatinnen gesucht habe im Laufe der Jahre... Ich hätte sie «amigs schütteln können», wenn sie daran gezweifelt haben, ob sie einem politischen Amt überhaupt gewachsen seien. Da habe ich jeweils gesagt: «Wenn ich nicht glauben würde, du könntest es, würde ich dich nicht fragen!»

Trotzdem: Das politische Handwerk mussten Frauen gezwungenermassen von Grund auf lernen.

Das stimmt. Zu diesem Zweck habe ich dann auch kurz nach der Einführung des Frauenstimmrechts die Arbeitsgruppe Politik gegründet. Bei unseren Treffen haben wir Frauen zusammen geschaut, wie man politisiert. Da und etwa auch beim Wahlkampf von Josi Meier – einer der grössten Vorkämpferinnen Luzerns – in den Nationalrat, haben wir gelernt, dass man für ein Anliegen auch mal über den eigenen Interessenbereich hinaus Verbündete suchen muss. Schon damals dachte ich: «Gottfriedstutz, Frauen, ihr müsst zusammenstehen!» Und wenn ich den letztjährigen Frauenstreik anschau, muss ich sagen: Sie haben's kapiert.

Interview: Livia Fischer



Kontroverse in der Familie

Yvonne Schärli (68), Ebikon, Präsidentin der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen und ehemalige SP-Regierungsrätin: «Bei der Einführung des kantonalen Frauenstimmrechts war ich gerade einmal 18 Jahre alt und noch nicht in politische Strukturen eingebunden. Mich beschäftigten aber alle Themen der 68er-Bewegung, natürlich auch das Frauenthema. In meinem Freundeskreis waren alle klar dafür. Zu Hause war das eine andere Sache, da fanden intensive Diskussionen am Esstisch statt. Bei uns war es ein bisschen eine verkehrte Welt: Mein Vater war schon immer der Ansicht, dass man keinen Unterschied zwischen Geschlechtern machen sollte. Er hat mich als kleines Mädchen auch jeweils zum Fussball mitgenommen. Als Sozialdemokrat und einfacher Arbeiter war er klar für die Einführung des Frauenstimmrechts. Meine Mutter hingegen war komplett anderer Meinung. Sie war der Ansicht, Frauen gehörten nicht an die Öffentlichkeit, sondern deren Platz sei zu Hause bei den Kindern. Entsprechend intensiv waren die Diskussionen. Natürlich war ich auf der Seite meines Vaters, schon damals hatte ich den gleichen Gerechtigkeitsinn wie er. Für mich war es eine Selbstverständlichkeit,



dass das Wählen und Abstimmen ein Menschenrecht ist.

Bei der Feuerwehr und im Jodlerclub musste sich mein Vater einiges anhören. Nicht selten war er alleine mit seiner Meinung. Doch weder er noch meine Mutter liessen sich von ihren Positionen abbringen. Nachdem das Frauenstimmrecht angenommen wurde und das erste Abstimmungscover für meine Mutter ins Haus geflattert war, sass mein Vater mit ihr an den Tisch und zeigte ihr, wie's geht – ohne sie bei ihrer Wahl zu beeinflussen. Meine Mutter hatte ja sehr wohl immer schon klare politische Meinungen und interessierte sich auch für politische Themen. Von diesem Zeitpunkt an hat sie bis zu ihrem Lebensende keine einzige Abstimmung verpasst.» (lf)

Heimlich Flyer verteilt

Beatrix Grüter (77), Willisau, ehemalige FDP-Kantonsrätin: «Schon als Primarschülerin fand ich die Andersbehandlung von Knaben und Mädchen ungerecht. Ständig wurde uns Mädchen das Gefühl vermittelt, dass wir nicht die gleiche Leistung erbringen können wie die Buben, egal in welchem Bereich. Die absolute Ungerechtigkeit empfand ich, als während meiner Studienzeit am Lehrerseminar unsere mitstudierenden Kollegen zu Abstimmungen «zugelassen» waren, während wir nicht für würdig oder fähig befunden wurden. Die Plakate der Gegner vor den Abstimmungen zum Frauenstimmrecht waren schrecklich. Eines aus dem Jahr 1959 habe ich noch klar vor Augen: Da war eine Frau mit einem Baby im Arm zu sehen, das Bild war rot durchgestrichen. Als könnte sich eine Frau nicht mehr um ihre Kinder kümmern, wenn sie das Stimmrecht erhielte.



eine Emanze geworden?». Für einen Mann brauchte es damals viel Mut, sich fürs Frauenstimmrecht zu äussern. Für uns Frauen war es aber ebenfalls nicht einfach, gerade auch auf dem Land. Vor der Abstimmung 1970 – da war ich 27 Jahre alt, verheiratet und lebte in Willisau – hatte ich mit zwei Freundinnen anonym Flyer mit Argumenten für das Frauenstimmrecht in Briefkästen verteilt. Eine von uns Dreien passte jeweils auf, dass nicht plötzlich jemand ums Eck kommt – denn wir mussten befürchten, mit unserer Aktion den Unternehmen unserer Männer zu schaden. Auch nach der Einführung des Frauenstimmrechts habe ich weitergekämpft und mich, wo es nur ging, dafür engagiert, dass so viele Frauen wie möglich in die Politik kommen.» (lf)

Innerhalb der Familie hatte ich mich schon früh, als ich noch bei meinen Eltern in der Stadt wohnte, für das Frauenstimmrecht ausgesprochen. Weil sich mein Vater bei Diskussionen mit Kollegen damals bereits selbstverständlich fürs Frauenstimmrecht eingesetzt hatte, musste er sich Sprüche anhören wie: «Ist deine Tochter jetzt so